Maximilian Kreter

Die Wähler der NPD in Ostdeutschland 2005–2011

Wissenschaftliche Beiträge aus dem
Tectum Verlag
Politikwissenschaft | Band 92

Maximilian Kreter

Die Wähler der NPD in Ostdeutschland 2005–2011

Tectum Verlag

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag. Politikwissenschaft | Band 92

Maximilian Kreter

Die Wähler der NPD in Ostdeutschland 2005–2011

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020

ePDF 978-3-8288-7496-1

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN

978-3-8288-4469-8 im Tectum Verlag erschienen.)

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet

www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Danksagung

Gewidmet ist dieses Buch meinen Eltern, die mich zu jeder Zeit in meinem Studium und Leben voll unterstützt haben, wofür ich sehr dankbar bin.

Danken möchte an dieser Stelle Kiran Bowry für die Geduld bei den endlosen Korrekturen, aber vor allem für die konstruktiven ebenso wie die zerstreuenen Gespräche während der Entstehung dieser Arbeit und des gesamten Studiums.

Meine Wertschätzung gilt Prof. Dr. Simone Abendschön für die vielfältige und zeitintensive, insbesondere methodische Beratung bei dieser Arbeit.

Dresden, Mai 2020

Maximilian Kreter

In Zitaten werden sowohl orthographische Fehler als auch die alte Rechtschreibung beibehalten.

Fremdsprachige Zitate werden im Original wiedergegeben. Nicht-englischsprachige Zitate werden vom Verfasser übersetzt.

Für die Sortierung der Literatur wurde DIN 5007-1 verwendet.

Es wurden für diese Studie relevante Entwicklungen bis einschließlich Januar 2014 berücksichtigt.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen: Rechtsaußenparteien in Deutschland 2014–2019.	
Die AfD auf den Pfaden der NPD?	1
1 Einleitung	7
1.1 Problemstellung und Zielsetzung	7
1.2 Das Forschungsproblem: Die extreme Rechte als Wahlakteur in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und ihre Wähler.	11
1.2.1 Die erste Welle: Von der DKP-DRP zu SRP und NPD	11
1.2.2 Die zweite Welle: Die NPD in den 1960er Jahren	13
1.2.3 Die dritte Welle: DVU, REP und NPD in den Parlamenten	14
1.2.3.1 Die dritte Welle (I): Deutsche Volksunion (DVU)	14
1.2.3.2 Die dritte Welle (II): Die Republikaner (REP)	15
1.2.3.3 Die dritte Welle (III): Die Nationaldemokratische Partei (NPD) ab den 1990er Jahren	16
1.2.3.4 Die dritte Welle: Zusammenfassung	18
1.3 Forschungsstand	20
1.4 Vorgehensweise	24
2 Rechtsextremismus – Terminologie, Ideologie und Typologie	27
2.1 Terminologie und Ideologie	27
2.2 Typologie	30
3 Theoretische Erklärungsmodelle für die Wahlerfolge der extremen Rechten	37
3.1 Grundschemata der Erklärung: Das Mehr-Ebenen-Modell	37
3.2 Erklärungsmodelle für Wahlverhalten	42
3.3 Erklärungsmodelle der Rechtsextremismusforschung	51
3.3.1 Persönlichkeitsmerkmale	52
3.3.2 Wertorientierungen	54
3.3.3 Soziale Integration	56
3.3.4 Gruppenkonflikte	59

3.3.5	Protestwahlhypothese	64
3.3.6	Die Rolle der soziodemographischen Variablen	67
3.3.7	„Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften“: Das Scheuch-Klingemann-Modell	72
3.3.7.1	Struktur und Erklärungsmuster des Scheuch-Klingemann-Modells	72
3.3.7.2	Modifikationen des Scheuch-Klingemann-Modells nach Arzheimer	78
3.3.8	Zwischenfazit	79
3.4	Theoretische Erwartungen und Hypothesen	80
4	Datenbasis, methodische Vorgehensweise und Operationalisierung	89
4.1	Datenbasis	89
4.1.1	Datenquelle	89
4.1.2	Grundgesamtheit und Stichprobe	90
4.1.3	Gewichtung der Stichprobe	91
4.2	Methodische Vorgehensweise	92
4.2.1	Faktorenanalyse	92
4.2.2	Logistische Regression	94
4.3	Operationalisierung	97
4.3.1	Abhängige Variable	97
4.3.2	Unabhängige Variablen	100
4.3.2.1	Soziodemographische Variablen	101
4.3.2.2	Einstellungsvariablen	104
5	Empirische Ergebnisse	109
5.1	Soziodemographische Merkmale und die Wahl der NPD	109
5.1.1	Geschlecht	109
5.1.2	Lebensalter	112
5.1.3	Bildung	115
5.1.4	Berufsgruppenzugehörigkeit	117
5.1.5	Bindung an soziale Großgruppen	120
5.2	Einstellungen und die Wahl der NPD	124
5.2.1	Parteiidentifikation	124
5.2.2	Autoritäre Persönlichkeit	126
5.2.3	Links-Rechts-Dimension	128
5.2.4	Wertorientierungen	130
5.2.5	Xenophobie	132
5.2.6	Einstellungen zur EU	133

5.2.7 Wirtschaftliche Lage	135
5.2.8 Politikverdrossenheit	137
5.3 Gesamtmodelle zur Erklärung der NPD-Wahl.	139
5.3.1 Vollständiges Gesamtmodell (Principle of Accuracy).....	139
5.3.2 Sparsames Gesamtmodell (Principle of Parsimony)	143
6 Fazit.....	145
6.1 Die Motive der Wähler der NPD – Beantwortung der Forschungsfragen und Schlussfolgerungen ...	145
6.2 Ausblick und Forschungsperspektiven.....	153
Epilog: Die NPD ist tot, es lebe die AfD?	159
Anhang	161
Abkürzungsverzeichnis.....	163
Literaturverzeichnis	167

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die drei Analyseschritte der verstehend-erklärenden Soziologie nach Max Weber	38
Abbildung 2: Grundstruktur der Mehr-Ebenen-Erklärung.....	39
Abbildung 3: Funnel of Causality (Kausalitätstrichter) nach Dalton.....	47
Abbildung 4: Rekonstruktion des Ann-Arbor-Modells nach Arzheimer.....	48
Abbildung 5: Schematische Darstellung des Scheuch-Klingemann-Modells	77

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Wahlergebnisse der NPD aus der Demoskopie und der Wahlstatistik.....	100
Tabelle 2: Faktorladungen und Reliabilität der Skala zur wirtschaftlichen Lage	107
Tabelle 3: Der Einfluss des Geschlechts auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011	110
Tabelle 4: Der Einfluss des Lebensalters auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011	112
Tabelle 5: Der Einfluss der formalen Bildung auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011	116
Tabelle 6: Der Einfluss der Berufsgruppenzugehörigkeit auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011.....	118
Tabelle 7: Der Einfluss der Bindung an soziale Großgruppen auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011.....	121
Tabelle 8: Logistische Regression auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011	123
Tabelle 9: Der Einfluss der Parteiidentifikation auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011.....	125
Tabelle 10: Der Einfluss eines rigiden Denkmusters auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011.....	127

Tabelle 11:	Der Einfluss der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Dimension auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011	129
Tabelle 12:	Der Einfluss der Wertorientierungen auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011	130
Tabelle 13:	Der Einfluss der Xenophobie auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011	133
Tabelle 14:	Der Einfluss der Einstellung zur EU auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011	134
Tabelle 15:	Der Einfluss der Bewertung der wirtschaftlichen Lage auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011	136
Tabelle 16:	Der Einfluss der Politikverdrossenheit auf die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011	138
Tabelle 17:	Umfassendes Gesamtmodell für die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011	141
Tabelle 18:	Signifikante Variablen des umfassenden Modells in absteigender Reihenfolge ihrer Effektstärken . .	143
Tabelle 19:	Sparsames Gesamtmodell für die Wahl der NPD in Ostdeutschland 2005–2011	144
Tabelle 20:	Hypothesen und empirische Befunde	149

Vorbemerkungen: Rechtsaußenparteien in Deutschland 2014–2019. Die AfD auf den Pfaden der NPD?

„Ich glaube, dass wir viel vorbereitet haben mit unseren Zeitungen, unserem fleißigen Verteilen von Zeitungen, mit der Zeit im sächsischen und mecklenburgischen Landtag. Und dass da jetzt natürlich die AfD durchaus auch Früchte generiert, wo wir den Samen in den Boden gesteckt haben. Letztendlich sehe ich es mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Ich glaube, dass die AfD die Kraft ist, die sich viele Deutsche erträumt haben.“ (Thorsten Heise, zitiert nach Taßler et al. 2019)

So beschrieb der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Thorsten Heise das Verhältnis von AfD und NPD in einem Interview während der dritten Ausgabe des von ihm organisierten Rechtsrockfestivals Schild & Schwert im sächsischen Ostritz. Also in dem Bundesland, wo die NPD zehn Jahre lang im Landtag gesessen und 2014 den dritten Einzug in Folge mit 4,9% um nur 824 Stimmen verpasst hatte, während der AfD mit 9,7% der erste Sprung in ein deutsches Länderparlament gelungen war (Jesse 2015a: 8–11). Seit den ersten Einzügen der AfD in Parlamente oberhalb der kommunalen Ebene haben – wie auch Heise zur Thüringer Landtagswahl im Jahr 2019 – immer wieder (ehemalige) NPD-Funktionäre zur Wahl der AfD aufgerufen, wenngleich in Form eines Stimmensplittings: Erststimme AfD – Zweitstimme NPD (Cruzcampo 2017; Mobit 2020: 53; Steffen 2016). Könnte man Heises Ausführungen zur Rolle der NPD als Wegbereiter der AfD noch als subjektive Verklärung und Selbstüberschätzung der eigenen Partei einordnen, so kommt eine vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) erstellte Studie zu dem Ergebnis, dass die AfD bei der Bundestagswahl 2017 dort besonders erfolgreich war, wo die NPD bei der Bundestagswahl 2013 ihre besten Ergebnisse hatte erzielen können (Richter/Bösch 2017: 12–14, 43–47).

Diese substanziellen Veränderungen in regionalen und bundesweiten Wahlen – die sich im weiteren Verlauf als nachhaltig erweisen sollten (Schroeder/Weßels 2020) – markieren für Deutschland den Übergang von der dritten zur vierten Welle des (elektoralen) Rechtsextremismus. Nach Mudde (2016, 2019) ist für die dritte Welle in (West-)Europa – insbesondere Deutschland – eine gesellschaftliche und politische Marginalisierung sowie elektorale und organisatorische Volatilität charakteristisch. In Deutschland konnten Rechtsaußenparteien nur verhältnismäßig geringe Erfolge bei Wahlen verzeichnen und ihre Ausgrenzung nur regional oder lokal dort unterlaufen, wo sie besonders günstige Rahmenbedingungen vorfanden. Insgesamt blieben sie jedoch deutlich an den politischen Rändern – außerhalb des politischen und gesellschaftlichen Mainstreams – verortet (siehe auch Ab-

schnitt 1.2). Neben Deutschland hatten Rechtsaußenparteien in (West-)Europa vor allem in Schweden, Irland, Spanien und Portugal lange keine Chance auf eine gesellschaftliche, organisatorische oder elektorale Etablierung. In anderen Ländern konnten sich Parteien wie der FN in Frankreich, die FPÖ in Österreich oder die FrP in Norwegen im Verlauf der 1990er Jahre in Parlamenten und als politische Kraft etablieren, wurden nicht mehr (so stark) ausgegrenzt und teilweise sogar koalitionsfähig (Backes 2012; Backes/Mudde 2000; Mudde 2019). Dieses Vordringen in die gesellschaftliche und politische Mitte – das Mainstreaming der Rechtsaußenparteien – ist das zentrale Charakteristikum der vierten Welle. Das zweite Merkmal, das die vierte Welle des (elektoralen) Rechtsextremismus kennzeichnet, ist die gestiegene Heterogenität der Parteien: Diese reichen von nach rechts gerückten, (ehemals) konservativen Regierungsparteien wie FIDESZ-MPSZ in Ungarn oder der PiS in Polen über die seit Jahren dieser Parteienfamilie zuzurechnenden Vertreter wie der schweizerischen SVP oder der dänischen DF, die sich in Opposition und Regierung etabliert haben, reinen Oppositionsparteien wie der deutschen AfD bis hin zu rechtsextremen beziehungsweise neonazistischen Parteien wie der CA in Griechenland oder der NPD in Deutschland (Mudde 2019: 20–22).

Wie schon bei der dritten Welle setzte die Entwicklung in Deutschland mit einiger zeitlicher Verzögerung ein. Die NPD war unter der Führung von Udo Voigt (1996–2011), Holger Apfel (2011–2013) und Udo Pastörs (2013–2014) das Gravitationszentrum des deutschen Rechtsextremismus – „nationales Lager‘ [zwischen] ‚Versäulung‘ im lebensweltlichen Milieu [und] Marsch in die Mitte der Gesellschaft“ (Botsch 2011a). Unter der Führung von Frank Franz (2014 bis heute) wurde sie von der erst Anfang 2013 als vorwiegend euroskeptischen, rechtspopulistischen Partei gegründeten AfD sehr schnell als dominanter politischer und elektoraler Hauptakteur der Rechtsaußenparteien abgelöst. Mit der AfD hatte sich nun eine deutlich anschlussfähigere, mainstreamkompatiblere Partei gegründet und binnen kurzer Zeit etabliert, die keine offensichtlichen ideologischen und personellen Wurzeln im Nationalsozialismus oder Neonazismus hatte. Sie entspricht am ehesten dem typischen Vertreter der Parteienfamilie der neuen Rechtsaußenparteien, den „Populist Radical Right Parties“ (Mudde 2007, 2019) beziehungsweise „New, Post-Industrial Extreme Right Parties“ (Ignazi 2003: 33). Im Gegensatz dazu war und ist die NPD ein Vertreter der alten Rechtsaußenparteien, also der „Old, Traditional Extreme Right Parties“ (Ignazi 2003: 33). Die unmittelbare Phase des Wechsels kann auf den Zeitraum von März 2013 bis Januar 2014 taxiert werden. Diese Phase reicht von der ersten öffentlichen Versammlung der kurz zuvor gegründeten AfD über die ersten Wahlen (Bund und Hessen), an denen beide Parteien teilgenommen haben, bis zur Wahlniederlage des frisch gewählten NPD-Parteivorsitzenden Udo Pastörs gegen einen seiner Vorgänger und innerparteilichen Gegner, Udo Voigt, im Kampf um die Spitzenkandidatur bei der Europawahl 2014. Langfristig hatten diese Entwicklungen entscheidende Konsequenzen:

Pastörs kandidierte nicht mehr für das Amt des Parteivorsitzenden, wodurch nach Holger Apfel der zweite Fraktionschef der beiden NPD-Landtagsfraktionen als Bundesvorsitzender aus dem Amt schied. Zum neuen Vorsitzenden wurde auf dem 35. Bundesparteitag der NPD am 1. November 2014 der parteiintern bis heute umstrittene Saarländer Frank Franz gewählt, der für einen gemäßigeren, bürgerlichen, elektoral orientierten und zugleich auch

onlineorientierten Kurs eintritt. Von den extremistischen Kräften um den heutigen Bundesvize Thorsten Heise und den mittlerweile aus der Partei ausgetretenen Kameradschaftsaktivisten Thomas „Steiner“ Wulff wurde er aufgrund dieses für die NPD relativ moderaten Kurses und seines stets modebewussten bis eitlen Auftretens als „Firle-Franz“ bezeichnet (Staud 2014), was ihm bis heute anhängt. Neben den seit Gründung der Partei persistierenden Finanzproblemen und –skandalen – unter anderem die „Kemna-Affäre“ und das „Rieger-Darlehen“ im Zusammenhang mit juristischen Auseinandersetzungen um die staatliche Parteienfinanzierung (Geuther 2017; Hebel/Korge 2012; Schölermann 2008, 2014) – erregte die NPD lediglich mit dem gegen sie angestregten, aber gescheitertem Verbotverfahren größere publizistische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit (Backes 2019; Meier et al. 2017). Die Partei wird (noch immer) von Richtungskämpfen zwischen dem Bundesvorsitzenden Frank Franz und seinen Unterstützern auf der einen Seite und extremistischen Kräften um den Bundesvize Thorsten Heise auf der anderen Seite geprägt. Franz strebt dabei einen dezidiert kommunal-elektoralen, aber gemäßigeren Kurs – möglicherweise sogar mit einem neuen Parteinamen – an, während Heise mit dem Völkischen Flügel, eine völkisch-nationalistische, aktivistisch orientierte Ausrichtung der Partei unter dem Dach der bestehenden Strukturen verfolgt (Förster 2018; Schölermann 2019; Steiner 2018). Infolge dieser Flügelkämpfe haben nicht nur führende Kader wie Thomas Wulff oder der ehemalige bayrische JN-Vorsitzende Matthias Fischer der Partei den Rücken gekehrt, um sich in anderen rechtsextremen Organisationen und Parteien zu engagieren. So gründeten mit Klaus Armstroff ein ehemaliger NPD-Funktionär aus Rheinland-Pfalz mit der Partei Der Dritte Weg und Christian Worch – neben Heise und Wulff einem der bedeutendsten Kameradschaftsaktivisten seit den 1980er Jahren – mit der Partei Die Rechte Sammelbecken für enttäuschte ehemalige NPD-Mitglieder, Mitglieder aus verbotenen Kameradschaften (beispielsweise Freies Netz Süd oder Nationaler Widerstand Dortmund) und andere rechtsextreme Aktivisten aus verschiedenen Organisationszusammenhängen. Unterdessen sind die REP bis auf einige Übernahmeveruche von in anderen Parteien gescheiterten Neonazis in der gesellschaftlichen und elektoralen Bedeutungslosigkeit verschwunden (Brandstetter 2017; Freires 2018; Kreter 2019a: 163–169). So ist das Lager der Rechtsaußenparteien in viele kleine, zumeist extremistische, sektiererische Klein- und Kleinstparteien und einen etablierten, dominanten Akteur mit hoher Integrationskraft innerhalb der eigenen Parteienfamilie – die AfD – geteilt.

Die AfD ist in ihrer erst siebenjährigen Geschichte maßgeblich – für neue Parteien in der Formationsphase aber nicht untypisch – von der Wechselwirkung innerparteilicher Dynamiken und äußerer Einflüsse geprägt, die sich am besten anhand der Parteivorsitzenden und den parteiinternen Strömungen nachvollziehen lassen. Die Partei wurde als vorwiegend euroskeptische, rechtspopulistische Partei in Opposition zur EU-Fiskalpolitik und der führenden Rolle Deutschlands in diesem Prozess gegründet. Die ersten Bundesvorsitzenden waren Bernd Lucke, Konrad Adam und Frauke Petry. Nach den ersten Wahlerfolgen bei der Wahl zum Europäischen Parlament und in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg sowie der Entstehung von PEGIDA kam es zu monatelangen parteiinternen – vor allem machtpolitisch und weniger ideologisch motivierten – Machtkämpfen zwischen Bernd Lucke und Frauke Petry. Petry konnte sich auf dem Essener Parteitag im Juli 2015 mit Unterstützung der nationalkonservativen und der völk-

kischen Strömung gegen den wirtschafts-/nationalliberalen Vorsitzenden Lucke durchsetzen, der kurz darauf aus der Partei austrat und die Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) gründete. Darüber hinaus wurde der Wirtschaftswissenschaftler Jörg Meuthen als Co-Vorsitzender neben Petry gewählt (Decker 2016; Friedrich 2019: 47–69, 97–123). Innerparteilich gewannen zusehends die rechtsextremistischen Kräfte an Boden, insbesondere die Landesverbände im Osten unter der Führung des thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke. Frauke Petry sah sich im Verlauf ihrer Amtszeit zunehmend von Vertretern der völkischen Strömung in Form der (inoffiziellen) Faktion Der Flügel – begründet durch die Erfurter Resolution – unter Druck gesetzt, die Partei weiter nach rechts auszurichten. Dieser Machtkampf führte dazu, dass nicht Frauke Petry, sondern Alice Weidel und Alexander Gauland als Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl 2017 antraten und später auch Fraktionsvorsitzende wurden. Petry trat unmittelbar nach der Bundestagswahl mit ihrem für die AfD gewonnenen Direktmandat aus der Partei aus und schloss sich der Blauen Partei an, deren Vorsitzende sie bis zur Auflösung im Dezember 2019 blieb. Als Co-Bundesvorsitzender folgte ihr Alexander Gauland. Die Partei ist im Zeitverlauf ideologisch immer weiter nach rechts gerückt, sodass Faktionen wie die wirtschafts-/nationalliberale Alternative Mitte politische – vor allem aber innerparteiliche – Bedeutung einbüßten. Nationalkonservative und Rechtsextremisten, insbesondere durch die völkische Strömung „Der Flügel“, haben massiv an Einfluss gewonnen, sodass gegen diese (inoffizielle) Faktion weder inhaltliche noch personelle Entscheidungen gefällt werden können (Friedrich 2019: 70–91, 97–123; Pfahl-Traughber 2019a: 99–105). Im November 2019 trat Gauland auf dem Bundesparteitag nicht noch einmal zur Wahl des Co-Parteivorsitzenden an. Sein Nachfolger wurde der von der völkischen Strömung unterstützte sächsische Bundestagsabgeordnete Tino Chrupalla (Weiland 2019). Damit ist nicht erst seit dem Bekanntwerden der Einstufung der AfD als Prüffall durch den Verfassungsschutz deutlich geworden, dass die Partei sich von einer euroskeptischen, rechtspopulistischen Partei mit zwei bis drei ungefähr gleich starken Strömungen zu einer rechtsextremen Partei mit einer dominanten völkischen Strömung entwickelt hat, deren Machtbasis in den neuen Bundesländern liegt (Pfahl-Traughber 2019b, 2020).

Diese Machtbasis beruht hierbei weniger auf der Mitgliedsstärke der einzelnen Landesverbände im Osten, sondern auf den Wahlergebnissen und der daraus resultierenden Macht in diesen Bundesländern. Die Wahlergebnisse der AfD bei den jeweils letzten Landtagswahlen im Osten bilden zugleich die besten fünf Landtagswahlergebnisse, die die Partei jemals erzielen konnte, wobei sie stets zweitstärkste politische Kraft – vor einer der beiden (ehemaligen) Volksparteien CDU und SPD – wurde (Weisskircher 2020). Und obwohl die Partei immer weiter nach rechts rückte, konnte sie dort (und auch fast überall im Westen) stetig mehr Stimmen auf sich vereinen als bei der jeweiligen Wahl zuvor, was in dieser Form bisher auf keine der Rechtsaußenparteien in Deutschland zutraf. Die empirischen Befunde deuten auf „eine Radikalisierung der AfD selbst und eine entsprechende Ausstrahlung auf ihre Wählerschaft“ (Isemann/Walther 2019: 171) hin:

„Zentrales Element stellt dabei die schwindende Loyalität, also das nachlassende Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu dem politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland, dar. Es ist eben kein Zufall, dass Begriffe wie Lügenpresse oder Überfremdung,

die heute in jeder Pegida-Demonstration skandiert werden, bereits durch Joseph Goebbels vor der Machtergreifung der Nazis Verwendung fanden. [...] Eine solche Sprache schürt Ängste, zerstört das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den demokratischen Rechtsstaat und transformiert ihn zum Hassobjekt.“ (Isemann/Walther 2019: 171)

Entscheidend für die Etablierung der AfD im Parteiensystem scheinen paradoxerweise die synchrone Radikalisierung von Partei und Wählern sowie die Deloyalisierung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und einer pluralistischen Gesellschaft. Noch wenige Jahre zuvor hatte sich die NPD mit einer solch politisch-elektoralen Strategie in die Bedeutungslosigkeit manövriert. Im zweiten Verbotsverfahren gegen die NPD wurde ihr diese politisch-elektorale Bedeutungslosigkeit ebenso wie die Verfassungsfeindlichkeit höchst-richterlich vom Bundesverfassungsgericht bestätigt (Backes 2019). Ein Verbot wäre den Richtern des Zweiten Senats zufolge nicht verhältnismäßig gewesen, da es „an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die eine Durchsetzung der von ihr verfolgten verfassungsfeindlichen Ziele möglich erscheinen lassen“ (BVerfG, 17.01.2017 – 2 BvB 1/13) fehle. Während letzterer Umstand auf die AfD momentan nicht zutrifft, so ist die ihre mögliche Verfassungsfeindlichkeit derzeit Gegenstand der parteiinternen, öffentlichen und juristischen Debatte, ebenso wie eines Gutachten des Verfassungsschutzes und eines seitens der Partei beauftragten Gutachtens. Mannewitz und Panreck (2020) attestieren der AfD partiell systemtransformatives Potenzial, da von ihr „nicht verfassungskonforme Tendenzen, Forderungen, die den demokratischen Wettbewerb einschränken, Andeutungen eines (gewalt-samen) Systembruchs, [und] die Delegitimierung politischer Gegner“ (Mannewitz/Panreck 2020: 116–117) ausgehen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass durch den direkten Übergang von der dritten zur vierten Welle des (elektoralen) Rechtsextremismus und die dadurch geringe zeitliche Distanz die NPD und die AfD von ähnlichen – sozioökonomischen, politischen und kulturellen – global langfristigen Kontextbedingungen und regional günstigen Settings (Beck 2007; Kraske 2020; Mau 2019; Nachtwey 2018; Reckwitz 2019) profitiert haben. Das Angebot der Parteien an die Wähler – als Antwort auf Fragen die durch die entsprechenden Kontextbedingungen aufkommen – unterscheidet sich hingegen schon deutlicher. Während die AfD aufgrund ihrer programmatischen Vagheit und ihrer ideologischen Flexibilität (Franzmann 2019; Franzmann et al. 2020) vielen Wählern ein Angebot machen kann (Göpfarth 2020; Walther/Isemann 2019), so war die Zielgruppe der NPD aufgrund ihrer eindeutig rechtsextremen bis nationalsozialistischen Ideologie (Botsch 2017; Kailitz 2007) und dem sehr detailliert ausformulierten Programm stets limitiert (Ackermann 2012; Brandstetter 2013a, 2013b). Einzig bei den Wählern bietet sich dieser Vergleich nicht oder nur an der Oberfläche an, da die Wähler der AfD schon kurz nach den ersten Wahlerfolgen der Partei regelmäßig Gegenstand von empirischen Untersuchungen waren und es bis heute sind (Arzheimer/Berning 2019; Bieber et al. 2018; Melcher 2019), aber zu den Wählern der „neuen NPD“ (Pfafl-Traughber 2019a: 85) selten mehr als vereinzelte Befunde vorliegen, die über die deskriptiven Statistiken hinausgehen. Die Untersuchungen von Lubbers und Scheepers (2000, 2001), Arzheimer et al. (2001), Teney (2012) und Melcher (2018) bilden dabei (bedingt) Ausnahmen.

Ziel der vorliegenden Studie ist es ein möglichst genaues Bild der Sozialstruktur und der Motive der Wähler der NPD in Ostdeutschland von 2005 bis 2011, also in ihrer elektoralen Hochphase zu zeichnen. Zunächst stehen die Ergebnisse für sich und legen offen welches Wählerprofil die „neue NPD“ – über das häufig geschrieben, welches aber kaum untersucht wurde – aufweist. Doch die Erkenntnisse sollen nicht nur für sich stehen, sondern als Vergleichsgrundlage zeitlich sowohl in die Vergangenheit (NSDAP, „alte NPD“) als auch in die Gegenwart (AfD) und Zukunft gerichtet sein. Aber auch in inter- oder subnational vergleichender Perspektive können diese Daten als Vergleichsgrundlage dienen; für Länder, die ähnlich wie Deutschland geteilte Elektorate aufweisen und gleichzeitig rechtsextremistische Parteienfolge verzeichnen, wie beispielsweise Belgien mit dem Vlaams Blok/Vlaams Belang (VB), denn

„der Vergleich als Methode des Erkenntnisgewinns gehört zu den ältesten Formen systematischer Überprüfung von Wirklichkeit. Durch die systematische Gegenüberstellung von Tatbeständen können Unterschiede und Gemeinsamkeiten erkannt, Hypothesen geprüft, Theorien entwickelt und das Wissen über die singuläre Situation hinaus erweitert werden.“ (Pickel et al. 2009: 9)

Als international vergleichende Studien können die Werke von Lubbers (2001), Arzheimer (2008a) und Spier (2010a) ins Feld geführt werden. Für Längsschnittuntersuchungen im nationalen Kontext wären die Studien von Falter (1980) zu den „Wählerwanderungen vom Liberalismus zu (rechts-)extremen Parteien [...] am Beispiel des NSDAP-Aufstiegs 1928–1933 und der NPD-Erfolge 1966–1970“ und Cantoni et al. (2019), zu den ideologischen und elektoralen Kontinuitätslinien zwischen NSDAP und der AfD, anzuführen. Erste Ansätze für vergleichende Studien von Wählern der AfD und NPD finden sich bei Richter und Bösch (2017) sowie Kurtenbach (2019). Auf welchen Pfaden die AfD zukünftig wandeln wird, ist zu diesem Zeitpunkt ungewiss; ob (sie und) ihre Wähler den Weg der NPD einschlagen, wird die Zukunft zeigen. Eine Grundlage für die Beantwortung dieser Frage soll die hier folgende Untersuchung liefern.

1 Einleitung

1.1 Problemstellung und Zielsetzung

„Wir sind doch eine antiparlamentarische Bewegung, lehnen aus guten Gründen die Weimarer Verfassung und die von ihr eingeführten Institutionen ab [...] Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. [...]. Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren. Wenn es uns gelingt, bei diesen Wahlen sechzig bis siebenzig Agitatoren und Organisatoren unserer Partei in die verschiedenen Parlamente hineinzustecken, so wird der Staat selbst in Zukunft unseren Kampfapparat ausstatten und besolden. [...] Wir kommen nicht als Freunde [...]. Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“ (Goebbels 1928)

Mit diesen Worten beschrieb der Propagandaleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und langjähriger Herausgeber der Zeitung *Der Angriff*,¹ Joseph Goebbels,² die Strategie zur Beseitigung der Weimarer Demokratie und der ihr inhärenten Verfahren und Werte vor den kritischen Wahlen³ zum Reichstag zwischen 1928 und 1933 (Meckstroth 1971).⁴ 76 Jahre später, nach dem Wahlerfolg der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) bei den Landtagswahlen in Sachsen im September 2004⁵ äußerte sich der damalige Vorsitzende, Udo Voigt,⁶ in ähnlicher Weise über die Ziele und Strategien seiner Partei:

-
- 1 Lemmons (1994) analysiert die Rolle der Zeitung bei der Verbreitung und Wirkung der nationalsozialistischen Propaganda vor der Machtergreifung der NSDAP. Goebbels bezeichnet die Zeit von 1927 bis 1933 als „Kampfzeit“ (Goebbels 1935) des Nationalsozialismus, eine Zeitspanne, in der die NSDAP, wie die NPD, (noch) im parlamentarischen Wettbewerb stand.
 - 2 Zur Person: Longerich (2010).
 - 3 Der Begriff „kritische Wahlen“ wird im Sinne von Key (1955) als substantielle und nachhaltige Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien bei Wahlen verstanden.
 - 4 Zu den Wählern der NSDAP: Childers (1983); Falter (1980, 1991, 1992); Falter, Link et al. (1983); Falter/Zintl (1988); Hamilton (1982); Heberle (1963); Küchler (1992); O’Loughlin et al. (1994); Waldman (1973).
 - 5 Die NPD konnte ihren Stimmenanteil bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 mit 9,2 % im Vergleich zu 1999 (1,4 %) mehr als versechsfachen und zwölf Mandate erringen (Jesse 2005a; Steglich 2005).
 - 6 Zur Person: Brandstetter (2013b: 90–102); Jesse (2006).

„Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne. [...] Nach 1945 sind in Deutschland zwei Vasallenstaaten entstanden, die DDR in Mitteldeutschland und die BRD im Westen. Erst wenn beide Vasallenstaaten verschwunden sind, können die Deutschen sich in Selbstbestimmung einen eigenen Staat schaffen, in dem sie frei leben können. [...] Präambel und Artikel 146 des Grundgesetzes formulierten über fünfzig Jahre den Verfassungsauftrag, die Einheit Deutschlands herzustellen [...] und dem deutschen Volk eine Verfassung zu geben, die es in freier Selbstbestimmung beschließt. [...] Durch Bewußtwerdung des Volkes über den Zustand der Entmündigung, in dem es sich befindet, und eine demokratische Erhebung dagegen. [...] Es ist doch offensichtlich, daß das liberal-kapitalistische System der BRD vor dem Zusammenbruch steht: Entweder wird es durch Verfall zur multikulturellen Gesellschaft erodieren, oder das Volk wird ihm durch revolutionär verändertes Wahlrecht ein Ende setzen. [...] Dieser Prozeß hat am Sonntag mit dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen bereits begonnen.“ (Udo Voigt, zitiert nach Schwarz 2004)

Zweifelsfrei handelte es sich im Fall der NPD nicht um eine signifikante Verschiebung der Machtverhältnisse an der Wahlurne. Jedoch konnte sie mit den Erfolgen bei den Landtagswahlen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern⁷ sowie weiteren Resultaten auf Landesebene knapp unterhalb der 5 %-Sperrklausel⁸ unter Beweis stellen, dass sie ihre Wähler nicht nur punktuell, sondern auch über einen längeren Zeitraum binden kann. Die NPD vermochte es demzufolge im Gegensatz zu ihren (ehemaligen) Konkurrenten – Deutsche Volksunion (DVU)⁹ und Die Republikaner (REP) –, das dauerhaft latent bis manifest vorhandene rechtsextreme¹⁰ Einstellungspotenzial in Deutschland (Bauer/Niedermayer 1990; Brähler/Niedermayer 2002; Decker/Brähler 2005, 2006, 2008; Decker, Kiess et al. 2012; Decker, Niedermayer et al. 2003; Decker, Weißmann et al. 2010; Gabriel 1996a, 1996b; Greifenhagen 1982) zu nutzen und insbesondere in Ostdeutschland in elektorale Unterstützung umzusetzen.

Die etablierten Parteien¹¹ und die meisten ihrer Vertreter lassen bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus laut Schellenberg (2013) Ernsthaftigkeit, Willen und

7 *Sachsen 2009*: 5,6 % (8 Mandate); *Mecklenburg-Vorpommern 2006 / 2011*: 7,3 % (6 Mandate) / 6,0 % (5 Mandate) [Sämtliche Wahlergebnisse, die in dieser Untersuchung angeführt werden, sind der Internetseite www.wahlrecht.de entnommen, welche eine Zusammenstellung der Bundes-, Landtags- und Bürgerschaftswahlergebnisse seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges für die (ab 1990 wiedervereinigte) Bundesrepublik Deutschland beinhaltet. Diese Quelle gilt für alle weiteren Angaben von Wahlergebnissen in dieser Arbeit, bei denen keine weitere explizite Quellenangabe aufgeführt ist.]

8 *Saarland 2004*: 4,0 %; *Sachsen-Anhalt 2011*: 4,6 %; *Thüringen 2009*: 4,3 %.

9 Seit Mai 2012 ist die DVU in einer Fusion mit dem Namen *NPD – Die Volksunion* aufgegangen, die jedoch nicht die Rechtsnachfolgerin der DVU ist (Bundesministerium des Innern 2012: 96; Deutscher Bundestag 2012; Jansen 2011).

10 In dieser Untersuchung werden die Begriffe „rechtsextrem“, „extrem rechts“ und „rechtsextremistisch“ synonym verwendet. Dies dient ausschließlich der sprachlichen Variation.

11 Es wird die Definition von Jun und Kreikenbom (2006: 22) zugrunde gelegt, dass eine Partei als etabliert gilt, wenn sie „bei mindestens drei aufeinanderfolgenden Wahlen den Einzug in das jeweilige Parlament schafft und somit in der Lage ist, sich für Wahlerfolg und mittel- bis langfristige Einfluss-

Handlungskompetenz vermissen. Sie führen rechtsextreme Gewalt,¹² xenophobe Diskurse,¹³ das Erstarken recht(sextrem)er Subkulturen,¹⁴ aber vor allem die Wahlerfolge der NPD (Backes 2006a; Jesse 2005a; Pingel-Schliemann/Ohse 2006) auf situative, vermeintlich nicht zielgerichtete und protestorientierte Faktoren zurück, sodass „über Rechtsextremismus [...] in Deutschland entweder hysterisch oder gar nicht geredet“ (Staud 2005: 9) wird. Entsprechend wurden die Erfolge der NPD von den etablierten Parteien selten, häufig indirekt und zumeist nur marginal als langfristige Konsequenz der Regierungspolitik oder der Ermangelung klar erkennbarer Alternativen in der Opposition begriffen (Missy 2013: 83–103). So trafen die (Proteste gegen) die Hartz-Reformen (Eichhorst/Sesselmeier 2006; Roth 2005), die Auswirkungen der multiplen globalen Wirtschaftskrise (Arestis/Sawyer 2012; Tooze 2018) sowie die dadurch weiter anwachsende soziale und ökonomische Ungleichheit (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013; Deutscher Bundestag 2001, 2005, 2009; Piketty 2020: 868–952, 973–982) oftmals auf die weitgehende Ignoranz der Eliten¹⁵ aus Wirtschaft, Politik und Medien (Hartmann 2013), welche sich Colin Crouch (2008: 13, 46–47) zufolge in der Wandlung der parlamentarischen Demokratie zu einer postdemokratischen Herrschaft einer kleinen Elite manifestiert. In einer durch viele persistierende Konflikte und ambivalente Anforderungen an das Individuum gekennzeichneten „gespaltene[n] Gesellschaft“ (Lessenich/Nullmeier 2006), in der mehr als drei Viertel der Bürger ein Anwachsen der sozialen Unterschiede befürchteten und mehr als zwei Drittel der Bevölkerung der Meinung waren, dass eine stetig wachsende Zahl von Menschen nicht mehr in der Lage ist, wirtschaftlich und gesellschaftlich „mithalten“ zu können (Institut für Demoskopie Allensbach 2013: 2–3), entstand ein wachsendes Reservoir an Modernisierungsverlierern,¹⁶ die ein potenzielles Elektorat für Rechtsaußenparteien¹⁷ wie die NPD bilden können (Art 2011: 203–208; Beyme 2013; Weisskircher 2020). Diese Wähler könnten sich durch jene Parteien als Protestvehikel Gehör verschaffen oder mittels der radikalen ideo-

nahme notwendige Infrastruktur aufzubauen.“ Ergänzend: Jun/Kreikenbom (2006: 13–15, 21–26) und Rowold (1974: 52–77).

12 Eine kursorische Chronik rechter Gewalt von 1945 bis 2013 findet sich bei Röpke und Speit (2013).
 13 Beispiel: Die Thesen von Thilo Sarrazin zur Rolle muslimischer Einwanderer (unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft) und ihrer gesellschaftlicher Integration und Partizipation (Bellers 2010).

14 Beispiel: Die (inter)nationale Rechtsrock/RAC-Szene (Dyck 2017; Kreter 2019b).

15 Eliten sollen in dieser Untersuchung folgendermaßen definiert sein: „Der sozialwissenschaftliche Elitebegriff bezeichnet Personen bzw. Personengruppen, die über wichtige Machtressourcen verfügen, die es ihnen erlauben, Einfluß auf gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen zu nehmen. Damit ist der Begriff nicht auf politische Eliten im engeren Sinne beschränkt, d.h. auf führende Politiker. In modernen Gesellschaften gehören beispielsweise auch die Inhaber von Führungspositionen in Verwaltung, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft sowie wichtigen Interessengruppen zur gesellschaftlichen Elite. Ihr Einfluß kann sich auf die Kontrolle unterschiedlicher Machtressourcen gründen: u.a. auf die mit politischen Ämtern verbundene formale Gesetzgebungsbefugnis, die Verfügungsgewalt über Kapital, die Fähigkeit zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung, aber auch auf persönliche Qualifikationen wie Expertentum und Verhandlungsgeschick.“ (Hoffmann-Lange 1992: 83).
 Zum Begriff der Eliten: Hartmann (2004, 2007); Wasner (2004).

16 Spier (2010a: 57) rekonstruiert skizzenhaft die Geschichte des Modernisierungsverlierer-Begriffs.

17 Als „Rechtsaußenparteien“ (Steglich 2010) werden alle Parteien zusammengefasst, die in der Literatur als „rechtsextrem“, „rechtsextremistisch“, „rechtspopulistisch“ oder „rechtsradikal“ beziehungsweise mit (vergleichbaren fremd)sprachlichen Variationen dieser Begriffe bezeichnet werden. Siehe dazu auch Kapitel 2 in dieser Arbeit.

logisch-programmatischen Alternative ihrer Abkehr von der aktuellen Staats- und Gesellschaftsform Ausdruck verleihen wollen.

Vor diesem Hintergrund wird in dieser Studie untersucht, welche Motive¹⁸ der Wahlentscheidung für die NPD im betreffenden Zeitraum zugrunde lagen. Der Fokus liegt demgemäß auf den exogenen Faktoren beziehungsweise auf der *Nachfrageseite*, den „Einstellungen,¹⁹ Wünsche[n], Ziele[n] und Bedürfnisse[n]“ (Steglich 2010: 23) der Wähler. Die konkrete Fragestellung lautet: *Wer wählte die NPD aufgrund welcher Motive und welche Bedeutung hatten einzelne beziehungsweise die Summe der Motive?* Diese Untersuchung wurde auf der Basis repräsentativer Befragungen in den neuen Bundesländern zwischen 2005 und 2011 durchgeführt, da eine gesamtdeutsche Untersuchung aus zwei zentralen Gründen nicht zielführend ist: Erstens bilden Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung (noch immer) zwei getrennte Elektorate, deren Einstellungs- und Verhaltensstrukturen sich punktuell stark, aber auch insgesamt erkennbar unterscheiden (Arzheimer/Falter 1998, 2002a; Dalton/Bürklin 1995; Kaspar/Falter 2009; Mannewitz 2017; Schoen/Zettl 2012). So konstatiert Lühmann (2009: 186–187) bezüglich der Komparabilität der beiden Elektorate:

„Der Vergleich mit den alten Bundesländern, der so häufig für die Beschreibung und Analyse ostdeutschen (Wähler-)Verhaltens herangezogen wird, hinkt ungemein. Denn die Bundesrepublik ist eine über sechs Jahrzehnte gewachsene geglückte Demokratie und besitzt nicht die Vergangenheit von annähernd sechs Jahrzehnten Diktatur. Vielmehr müsste die Vergleichsebene der Ungleichzeitigkeit der deutschen (Teil-)Geschichten Rechnung tragen und trotz fortgeschrittener Angleichung der beiden deutschen Gesellschaften den Fokus bisweilen auf die frühere Bundesrepublik und die Jahre nach dem Zusammenbruch legen.“

Zweitens resultieren daraus Wahlergebnisse, die deutlich zeigen, dass die NPD im Westen erheblich schwächer ist als im Osten,²⁰ sodass eine Untersuchung der Wähler auf der Basis von sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsumfragen nur für die neuen Bundesländer sinnvoll und auch möglich ist. Dabei stützt sich diese Arbeit bei der Beantwortung der Leitfrage auf den aktuellen Forschungsstand hinsichtlich der theoretischen Erklärungsmodelle sowie der bereits gewonnenen Erkenntnisse über die Wähler der Rechtsaußenparteien. Das Ziel dieser Studie ist es, die Motive der Wähler zu ermitteln und im Einzelnen ihre Bedeutung für die Wahlentscheidung zugunsten der NPD zu bestimmen.

18 Der Begriff wird in dieser Arbeit mit Kuhl (2010: 342) verstanden: „Motive sind ausgedehnte, nicht vollständig bewusste, bildhaft-konkret formatierte kognitiv-emotionale Netzwerke, die aus autobiografischem Erfahrungswissen stammen, um möglichst viele dem jeweiligen Kontext angemessene Handlungsoptionen generieren zu können, sobald das Bedürfnis, das den Kern des Motivs ausmacht, anwächst.“

19 Einstellungen sollen in dieser Untersuchung wie folgt definiert werden: „Als (politische) Einstellungen sollen [...] relativ stabile psychische Zustände von Bürgern bezeichnet werden, die diese dazu disponieren, in bestimmter Weise auf (politische) Objekte zu reagieren“ (Arzheimer 2008a: 63).

20 Siehe dazu: Unterunterabschnitt 1.2.3.3 und 1.2.3.4.

1.2 Das Forschungsproblem: Die extreme Rechte als Wahlakteur in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und ihre Wähler

Zunächst soll ein kursorischer Überblick über die Wahlergebnisse der extremen Rechten bis Januar 2014²¹ in Deutschland sowie deren Periodisierung vorgenommen werden. In der BRD „läßt sich [...] keine Kontinuität im rechtsextremistischen Parteienlager feststellen, und zwar weder hinsichtlich der organisatorischen Ebene, noch bezogen auf die Wahlzustimmung“ (Pfahl-Traughber 2006: 21). So wird von den meisten Forschern von einer wellenartigen Entwicklung in drei Phasen ausgegangen, die in Abhängigkeit der verwendeten Kategorisierungsmerkmale im Detail unterschiedliche Zeiträume und Untergliederungen umfassen (Arzheimer 2004; Backes/Jesse 1996; Beyme 1988; Falter 1994; Pfahl-Traughber 2006; Saalfeld 1997; Stöss 2010; Wetzel 1994a; Widfeldt 2004; Zimmermann/Saalfeld 1993). In dieser Untersuchung wird der Periodisierung von Pfahl-Traughber (2006) gefolgt, der von drei Wellen ausgeht, wobei die dritte Welle aufgrund der Anzahl und der Heterogenität der einzelnen Akteure in drei eigenständige Intervalle aufgegliedert wird.²² Anschließend wird die Sozial- und Meinungsstruktur der Wähler in den jeweiligen Phasen dargestellt, um darlegen zu können, warum sich die Wähler zum betreffenden Zeitpunkt für die extreme Rechte entschieden haben.

1.2.1 Die erste Welle: Von der DKP-DRP zu SRP und NPD

Die *erste Welle des Rechtsextremismus in Deutschland* begann unter dem Eindruck des Entnazifizierungsprogramms der Alliierten und dem damit verbundenen restriktiven Lizenzvergabeverfahrens für Parteien in den einzelnen Besatzungszonen. Der erste Wahlerfolg des Nachkriegsrechtsextremismus konnte durch die als Sammelbecken für Nationalkonservative, Monarchisten und (ehemalige) Nationalsozialisten fungierende Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP)²³ unter dem späteren NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden²⁴ mit 1,8 % (5 Mandate) bei der Bundestagswahl 1949 erzielt werden (Pfahl-Traughber 2006: 22; Schmollinger 1983a: 982–984, 1012–1023).²⁵ Am 2. Ok-

21 An dieser Stelle wird bewusst der Begriff der „extremen Rechten“ anstatt der „Rechtsaußenparteien“ gebraucht, da andernfalls beispielsweise auch Parteien wie die Schill-Partei/PRO (Partei Rechtsstaatlicher Offensive) oder in ihrer Frühphase auch die Alternative für Deutschland (AfD) Berücksichtigung finden müssten (Arzheimer 2015; Decker 2013a: 141–142, 2013b; 2016; Hartleb 2013). Auf die Rolle der AfD wird im Vorwort kursorisch zur Kontextualisierung dieser Untersuchung eingegangen.

22 Der Ansatz von Pfahl-Traughber (2006) bezieht sowohl den quantitativen Faktor der Wahlergebnisse als auch den qualitativen Aspekt der Ideologie, Organisation und Struktur mit ein, während andere Ansätze einen deutlichen Schwerpunkt setzen, wodurch die jeweils andere Perspektive vernachlässigt wird (Beyme 1988; Pfahl-Traughber 2006; Saalfeld 1997). Der gewählte Zugang eignet sich für diese Untersuchung am besten, da sich in der Analyse der Motive der Wähler qualitative und quantitative Aspekte überschneiden.

23 Zur Partei: Schmollinger (1983a); Tauber (1967: 83–98, 727–739).

24 Zur Person: Jesse (1990).

25 Die DKP-DRP zog mittels einer Sonderregelung in den Bundestag ein, da sie in Niedersachsen mit 8,1 % die 5 %-Sperrklausel in mindestens einem Bundesland überwinden konnte und diese noch

tober desselben Jahres wurde die Sozialistische Reichspartei (SRP)²⁶ als Abspaltung des nationalsozialistischen Flügels der DKP-DRP um den ehemaligen Wehrmachtsoffizier Otto Ernst Remer²⁷ gegründet und knüpfte, frei vom alliierten Lizenzierungsverfahren für Parteien, stärker als ihre Vorgänger an die Traditionen des Nationalsozialismus und der NSDAP an. Im Oktober 1952 führte dieser Umstand dazu, dass die SRP nach Wahlerfolgen in ihren ländlich-protestantischen Hochburgen im Nordwesten Deutschlands – 11 % (16 Mandate) bei den Landtagswahlen in Niedersachsen im Mai 1951 und 7,7 % (8 Mandate) bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft im Oktober 1951 – durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) verboten wurde (BVerfG, 23.10.1952 - 1 BvB 1/51; Pfahl-Traughber 2006: 23–24; Schmollinger 1984c: 2274–2279, 2309–2311; Tauber 1967: 701–704, 712–714). Der letzte, bundesweit elektoral wenig erfolgreiche Versuch der Etablierung von rechtsextremen Kräften in der ersten Welle wurde durch die Deutsche Reichspartei (DRP)²⁸ unternommen, die bereits 1950 aus dem Zusammenschluss des niedersächsischen Landesverbandes der DKP-DRP und der hessischen Nationaldemokratischen Partei (NDP)²⁹ hervorging. Aber erst 1953, nach dem Verbot der SRP, gewann sie an relativer Bedeutung, indem sie bei den Bundestagswahlen 1953 1,1 % der Stimmen auf sich vereinen konnte. Die Wahlergebnisse sanken bis zur Bundestagswahl 1961 sukzessive auf 0,8 %, da es der bürgerlichen Regierung unter Bundeskanzler Adenauer weithin gelungen war, integrierend auf die entsprechende Wählerbasis einzuwirken (Pfahl-Traughber 2006: 21–24). Gleichwohl konnte die DRP bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz 1959 einen Stimmenanteil von 5,1 % (1 Mandat) erzielen. Weitaus bedeutender für die elektorale Entwicklung des deutschen Rechtsextremismus war ein Erfolg bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft im September 1963, bei der ein Bündnis unter der Führung der Deutschen Partei (DP)³⁰ mit Beteiligung des Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE)³¹ und der DRP ein Ergebnis von 5,2 % (4 Mandate) erreichte und somit einen erfolgreichen Test für eine rechtsextreme Sammlungspartei mit entsprechenden Erfolgsaussichten bei zukünftigen Wahlen absolvierte (Arzheimer 2004: 70).

Mangels systematischer Wahlumfragen im betreffenden Zeitraum können keine konkreten Aussagen über die Wähler getroffen werden. Indessen deuten die vorhandenen Analysen darauf hin, dass es sich vor allem um ältere, protestantische Wähler im ländlichen Raum handelt, die bereits die NSDAP gewählt hatten (Arzheimer 2004: 72; Büsch/Furth 1957: 101–102; Kaltefleiter 1968: 158–175; Stöss 2013: 581–583; Winkler 1994: 71–72).

nicht für das ganze Bundesgebiet gültig war (Schmollinger 1983a: 1013; Tauber 1967: 89).

26 Zur Partei: Büsch/Furth (1957); Gnad (2005c); Hansen (2007a, 2007b); Schmollinger (1984c); Tauber (1967: 689–725).

27 Zur Person: Jesse (1994).

28 Zur Partei: Gnad (2005a); Schmollinger (1983c); Sowinski (1998); Tauber (1967: 739–762).

29 Zur Partei: Schmollinger (1984a); Tauber (1967: 72–79).

30 Zur Partei: Meyn (1965); Pfahl-Traughber (2013b); Schmollinger (1983b); Tauber (1967: 885–891).

31 Zur Partei: Neumann (1968); Stöss (1984).

1.2.2 Die zweite Welle: Die NPD in den 1960er Jahren

Die *zweite Welle des Rechtsextremismus in Deutschland* setzte um 1964 ein (Arzheimer 2004: 70; Pfahl-Traughber 2006: 24–25; Stöss 2010: 74–76), wobei die Gründung der bis heute bestehenden rechtsextremen Partei, der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)³² am 28. November 1964, bestehend aus einem Kern von ehemaligen SRP- und DRP-Mitgliedern, einen Wendepunkt markiert. Die bis zu diesem Zeitpunkt existierenden, mäßig erfolgreichen Parteien und Splittergruppen aus Nationalkonservativen, Rechtsextremisten, Faschisten und Nationalsozialisten konnten fortan als geschlossener Akteur zu Wahlen antreten (Botsch 2011b). So erreichte die NPD bei ihrer ersten Bundestagswahlteilnahme 1965 einen Stimmenanteil von 2,0 %. Zwischen 1966 und 1968, auf dem Höhepunkt ihres Erfolges, war die NPD in sieben von elf Landesparlamente gewählt worden.³³

Es wurde deutlich, dass sie, wie die Parteien der ersten Welle, an alte Hochburgen der Nationalsozialisten anknüpfen konnte, unterdessen auch in anderen Regionen und Wählersegmenten Stimmengewinne verzeichnete (Liepelt 1967; Nagle 1970; Scheuch 1967). Mit 4,3 % scheiterte die NPD bei der Bundestagswahl 1969 denkbar knapp an der 5 %-Sperrklausel und zog somit nicht in den 6. Deutschen Bundestag ein. Dem kometenhaften Aufstieg der NPD seit der Gründung folgte nach diesem – weder von der Öffentlichkeit erwarteten noch von den Demoskopern prognostizierten – Misserfolg ein rasanter Fall in die elektorale und politische Bedeutungslosigkeit, der sich im Ausscheiden aus allen Landtagen sowie einem Ergebnis von nunmehr nur noch 0,6 % bei der Bundestagswahl 1972 manifestierte. Mit Ausnahme von wenigen, marginalen Achtungserfolgen änderte sich bis zur Mitte der 1980er Jahre wenig an der Erfolglosigkeit rechtsextremer Parteien, insbesondere der NPD,³⁴ bei Wahlen (Arzheimer 2004: 70–71; Pfahl-Traughber 2006: 26–27; Stöss 2010: 77).

Im Gegensatz zur ersten Welle liegen für die Wähler der NPD in den 1960er Jahren relativ umfangreiche Daten vor, die den typischen NPD-Wähler als überproportional häufig männlich, im mittleren Alter und mit niedriger bis mittlerer Bildung identifizieren, der besonders häufig aus den Berufsgruppen der Arbeiter, einfachen Angestellten, Landwirte und kleinen Selbstständigen stammt (Dudek/Jaschke 1984: 314–318; Falter 1980: 105–110; Herz 1975: 142–162; Kühnl et al. 1969: 232–240, 253–256; Liepelt 1967: 240–245; Mayer 2011: 91–99; Nagle 1970: 129–139; Prasse 2010: 49–54; Scheuch 1967: 5–8). Als entscheidende Faktoren für die Wahl der NPD werden zumeist³⁵ die geringe Bindung an Kirchen und Ge-

32 Zur Partei (insbesondere bis 1991): Gnad (2005b); Hoffmann (1999); Kühnl et al. (1969); Maier/Bott (1968); Nagle (1970); Schmollinger (1984b); Smoydzin (1967).

33 *Baden-Württemberg* 1968: 9,8 % (12 Mandate); *Bayern* 1966: 7,4 % (15 Mandate); *Bremen* 1967: 8,8 % (8 Mandate); *Hessen* 1966: 7,9 % (8 Mandate); *Niedersachsen* 1967: 7,0 % (10 Mandate); *Rheinland-Pfalz* 1967: 6,9 % (4 Mandate); *Schleswig-Holstein* 1967: 5,8 % (4 Mandate).

Zu den Wählern bei den einzelnen Landtagswahlen im Detail: Beiträge in Scheuch et al. (1969).

Zur Parlamentsarbeit der NPD in den Landtagen: Niethammer (1969: 96–229).

34 Landtagswahlen: *Bayern* 1978 / 1982: 0,6 % / 0,6 %; *Rheinland-Pfalz* 1979: 0,7 %.

35 Abweichend: Kühnl et al. (1969: 349–369) führen, in der Tradition der marxistischen Faschismustheorie, die NPD-Erfolge auf die Radikalisierung des Mittelstandes, erweitert um eine Statusangsthyppo-

werkschaften, eine persönliche (relative) ökonomische Deprivation, politische Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien sowie die stark ausgeprägten Wert- und Moralvorstellungen, die sich gegen den zeitgeistbedingten, soziokulturellen Wandel in der Gesellschaft richten, angeführt (Falter 1980: 101–104; Herz 1975: 95–99, 108, 142, 163–214; Liepelt 1967: 245–267; Mayer 2011: 100–136; Nagle 1970: 123–129, 147–177; Prasse 2010: 55–58; Scheuch 1967: 3–5, 8–9).³⁶

1.2.3 Die dritte Welle: DVU, REP und NPD in den Parlamenten

Die *dritte Welle des Rechtsextremismus in Deutschland* ist durch Intervalle in Abhängigkeit von den jeweils erfolgreichen Parteien gekennzeichnet, beginnt in der Mitte der 1980er Jahre und endet zu Beginn der 2010er Jahre, wobei sich die Zeiträume der elektoralen Erfolge der Parteien partiell überlagern.

1.2.3.1 Die dritte Welle (I): Deutsche Volksunion (DVU)

Als *erstes Intervall der dritten Welle* wird die Deutsche Volksunion (DVU)³⁷ behandelt, die 1971 vom inzwischen verstorbenen Verleger Gerhard Frey³⁸ (Arzheimer 2013a) „als überparteiliches Auffang- und Sammelbecken für die zerfallende extremistische Rechte“ (Pfahl-Traughber 2006: 28) gegründet wurde. Bis 1987 war die DVU keine Partei und Wahlorganisation, welche nach parlamentarischer Macht strebte, sondern lediglich ein Verein, der überwiegend durch die Publikationen Freys³⁹ und die Bündelung seiner Leserschaft in losen Aktionsgemeinschaften bestand (Pfahl-Traughber 2006: 28; Stöss 2010: 77). Erst am 5. März 1987 gründete Frey die Deutsche Volksunion – Liste D (DVU – Liste D),⁴⁰ wobei Vereinsmitglieder automatisch Mitglied in der Partei wurden, sofern sie nicht explizit widersprachen, sodass die Partei in kurzer Zeit relativ hohe Mitgliederzahlen vorweisen konnte.⁴¹ Bei ihrem ersten Wahlantritt, zur Bremischen Bürgerschaft erzielte die DVU ein Ergebnis von 3,4 % und erhielt aufgrund einer Sonderregelung des bremischen Wahlrechts⁴² ein Mandat in der Bürgerschaft. Bis zu ihrer Fusion mit der NPD im Jahr 2011⁴³ konnte sie

these, zurück.

36 Diese Ergebnisse stimmen weitgehend mit denen der (Pionier-)Studie über den „Autoritarismus der Arbeiterklasse“ (Lipset 1962: 95) von Lipset (1962: 118–120) überein.

37 Zur Partei: Bundesamt für Verfassungsschutz (1998); Linke (1994); Mayer (1998); Obszerninks/Schmidt (1998); Pfahl-Traughber (2013c).

38 Zur Person: Mayer (2002).

39 Deutsche Soldaten-Zeitung, Deutsche National-Zeitung, Deutsche Wochen-Zeitung (Mayer 2002).

40 Ab Februar 1991 wurde der Zusatz „Liste D“ gestrichen und die Partei trat nur noch als Deutsche Volksunion (DVU) zu Wahlen an (Kailitz 2000: 16).

41 Die Mitgliederzahlen und deren Entwicklung werden bei Stöss (2010: 118) dargelegt, indes Mayer (2007) die Ursachen und Konsequenzen der rapiden Abnahme der Mitgliederzahlen diskutiert.

42 Dort ist festgeschrieben, dass für einen Einzug in die Bürgerschaft die Überwindung der 5 %-Sperrklausel in einem der beiden Wahlgebiete, Bremen oder Bremerhaven, genügt (§ 7 Abs. 2 und 7 Brem-WahlG; Großmann 1983).

43 Dieser Fusion waren zunächst verschiedene Kooperationen und Wahlabsprachen von 1987 bis 1990 und der „Deutschland-Pakt“ von 2004 bis 2009 vorausgegangen, die jedoch beide vorzeitig in tiefen

auch außerhalb von Bremen Wahlerfolge erringen, wenngleich sie dort am häufigsten auf Landesebene vertreten war.⁴⁴

Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im April 1998 erreichte die DVU mit 12,9 % (16 Mandate) das beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei oberhalb der kommunalen Ebene in Deutschland nach 1945 (im hier betreffenden Untersuchungszeitraum) (Arzheimer 2005: 414; Pfahl-Traughber 2006: 30; Stöss 2010: 79). In der gesamten Zeit ihres Bestehens besaß die DVU keine flächendeckenden und funktionierenden Parteistrukturen, sodass wenig bis gar keine innerparteiliche Demokratie noch parteipolitische Aktivität außerhalb von Wahlkämpfen stattfand. So wurden die Partei und die einzelnen Landtagsfraktionen bis 2009 sowohl inhaltlich als auch strategisch von ihrem Gründer autoritär geführt und dabei mehrheitlich von „unbedarfte[n], politisch meist unerfahrene[n] ältere[n] Sympathisanten mit eher diffusen Vorstellungen von Politik“ (Pfahl-Traughber 2006: 30) in den Parlamenten vertreten, was im deutschen Parteiensystem eine absolute Ausnahme darstellt. So konnte sich die DVU nie dauerhaft in den Parlamenten und Parteiensystemen etablieren (Hoffmann 2000; Hoffmann/Lepszy 1998; Holtmann 2002; Lepszy/Veen 1994; Mayer 2006; Pfahl-Traughber 2013c: 251).

1.2.3.2 Die dritte Welle (II): Die Republikaner (REP)

Das *zweite Intervall der dritten Welle* konstituiert Die Republikaner (REP),⁴⁵ die 1983 von den ehemaligen Bundestagsabgeordneten der Christlich Sozialen Union (CSU) Ekkehard Voigt und Franz Handlos sowie dem mittlerweile verstorbenen Fernsehjournalisten Franz Schönhuber⁴⁶ gegründet wurde. Während Voigt und Handlos eine bundesweite, rechtskonservative Alternative zur CSU etablieren wollten, strebte Schönhuber eine moderne, rechtsextreme Partei mit einer starken, charismatischen Führungspersönlichkeit ähnlich dem Front National (FN) unter Führung von Jean-Marie Le Pen in Frankreich an. Schönhuber konnte sich nach internen Auseinandersetzungen mit seinem Kurs durchsetzen und löste 1985 den bis dahin amtierenden Vorsitzenden Handlos ab (Kailitz 2013: 375; Pfahl-Traughber 2006: 31–32). Der erste elektorale Achtungserfolg gelang der Partei bei der Landtagswahl in Bayern im Jahr 1986, bei der sie 3,0 % der Stimmen auf sich vereinen konnte. Drei Jahre später, 1989, erreichte die REP bereits 7,5 % bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und konnte zudem – als bisher einzige rechtsextreme Partei⁴⁷ in Deutsch-

Zerwürfnissen endeten (Mager 2007; Normann 2011; Pfahl-Traughber 2006: 29; Sippel 1989).

44 Bundestagswahl 1998: 1,2 %; Landtagswahlen: *Brandenburg 1999 / 2004*: 5,3 % (5 Mandate) / 6,1 % (6 Mandate); *Bremen 1991 / 1999 / 2003 / 2007*: 6,2 % (6 Mandate) / 3,0 % (1 Mandat) / 2,3 % (1 Mandat) / 2,7 % (1 Mandat); *Hamburg 1997*: 4,9 %; *Schleswig-Holstein 1991 / 1996*: 6,3 % (6 Mandate) / 4,3 %.

45 Zur Partei: Bergsdorf (2000); Funke (1989); Jaschke (1994a); Kailitz (2001, 2013); Lepszy (1989); Stöss (1990).

46 Schönhuber war kurz zuvor aufgrund seiner apologetischen Äußerungen über den Nationalsozialismus und seinen Dienst bei der Waffen-SS (Schönhuber 1981) vom Bayerischen Rundfunk entlassen worden. Zur Person: Backes (2000); Fahrenholz (2010).

47 Die Einordnung der REP als rechtsextrem wird nicht uneingeschränkt von allen Forschern geteilt, da sich die Partei formal und auch rhetorisch von ihren Konkurrentinnen, der DVU und der NPD, abgrenzte. Dem gegenüber stehen im Zeitraum der erzielten Erfolge extrem rechte, ideologisch-pro-